

Löhner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Raspach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Raspach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Raspach).

Die Ausgabe

folgt wöchentlich 3 mal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich nach Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnements 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mt.

Amtliches Publikations-Organ

der Stadt, Behörden und des Königlichen Amtsgerichts.

Inserationspreis

für Lahn und Umgegend 10 Pf. für die 1spaltige Zeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 142.

Lahn, Sonnabend, den 28. November 1908.

5. Jahrgang.

Tages-Nachrichten.

Der Kaiser, der sich erkältet hat, hütete wie am Dienstag, so auch am Mittwoch das Bett. — Die Erkrankung nimmt einen normalen Verlauf, die Erholung geht allmählich zurück.

Der Deutsche Kronprinz, der zurzeit im preussischen Finanzministerium arbeitet, besuchte am Donnerstag den Berliner Pachhof und das Hauptzollamt. Er brachte bei dieser Gelegenheit, wie Berliner Blätter berichten, eine Jagdweste und ein Paket russischer Zigaretten, die er selbstverständlich verpöhlen mußte.

Berlin. Der Hofbericht soll künftig kürzer und knapper gehalten sein und nur über diejenigen Handlungen des Kaisers berichten, die einen Teil der Herrschertätigkeit bilden. Auch die Mitteilungen über die täglichen Beschäftigungen der kaiserlichen Prinzen, über Prinzenreisen usw. sollen eingeschränkt werden. Jeder Hofbericht soll vor seiner Publikation von einer amtlichen, verantwortlichen Stelle geprüft werden.

Berlin. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schön nimmt am 1. Dezember die Amtsgeschäfte wieder auf. Einige Tage später kehrt sein Stellvertreter von Riederlen-Wächter auf seinen Geschäftsposten nach Bukarest zurück.

Berlin. Ueber die Forderungen für die Flotte machen die „Köln. Ztg.“ und die „Berl. N. Nachr.“ nähere Mitteilungen. Die Forderungen werden sich innerhalb des Rahmens der Flottengesetze von 1900 und 1906 halten. Unter den für die Heimat und Auslandsdienst bestimmten Schiffen befindet sich nur ein Vermehrungsbau, der große Kreuzer H., der, wie seine beiden Schwesterschiffe F. und G., die im Bau oder in der Bauvorbereitung sind, mit einer Turbinenmaschinenanlage ausgerüstet wird. Nach der Bewilligung der geforderten drei Linienfahrts-Ersatzbauten werden sich zehn 18 000 Tonnen-Schlachtschiffe im Bau befinden. Da die Bauzeit auf drei Jahre bemessen ist, wird frühestens 1912 ein volles Besatzmann dieser Linienfahrtsverwendungsbereit sein. Im ganzen werden im Jahre 1909 sich im Bau befinden: zehn Linienfahrtschiffe, vier große und sechs kleine Kreuzer. Zu diesen zwanzig Schiffen, die sich auf die Forderung des Flottengesetzes stützen, kommen dann noch die kleinen Bauten: eines Flakkanonenbootes für China, eines Tenders für das Minenversuchs-Kommando, Torpedoboote und Unterseeboote.

Berlin. Die Lehrbefolgungsvorlage macht der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses ziemlich Schwierigkeiten, deren neueste die ist, daß mit der Ablehnung der betreffenden Stelle der Regierungsvorlage und aller Anträge die Ortszulagen völlig gestrichen sind und eine Lücke in dem Entwurf entstanden ist. Eine Verständigung ist aber bis zur zweiten Lesung zu erwarten, gerade so, wie über die von den Konservativen gewünschten Befolgungsklassen Verhandlungen schweben sollen.

Wien. Rußland ist der einzige deutsche Bundesstaat ohne Schulden; und nicht allein ohne Schulden, Rußland verfügt außerdem noch über ein mehrere Millionen betragendes Kapital. Auch das Staatjahr 1908 wird noch einen Ueberschuß abwerfen.

München. Erinnerungen an die Tragödie des unglücklichen Bayernkönigs Ludwig II. hat die Ernennung des Generals von Dürckheim zum kommandierenden General des 2. bayrischen Armeekorps hervorgerufen. Dürckheim wurde seinerzeit wegen allzu großer Vorliebe eines Prinzen des bayrischen Hofes für seine Gattin vom Könige Ludwig II. zum Flügeladjutanten gemacht und stand in dieser Eigenschaft seinem königlichen Herrn in dessen schwersten Tagen und bis zu dem tragischen Tode des Königs treu zur

Seite. König Ludwig fühlte sich noch ganz gesund, als er bereits für geisteskrank erklärt und die Regentschaft eingesetzt worden war. Es gab heftige Kämpfe zwischen dem gefangen gehaltenen Könige und den Kommissaren des Ministers. Als Ludwig II. in Neuschwanstein weilte und der Meinung war, es sei eine Palastrevolution gegen ihn injiziert, berief er den Grafen Dürckheim zu sich, und dieser gab ihm den später auch von Bismarck gut geheißenen Rat, nach München zu fahren und sich dort dem Volke zu zeigen. Infolge der vielen Aufregungen und Kämpfe war der König aber nicht mehr imstande, den ihm erteilten Rat auszuführen. Und nachher war es zu spät.

Münster. Zum Bischof von Grmland wurde der Professor Dr. Studau-Münster (Westfalen) gewählt. Er stammt aus Ostpreußen und zählt erst 46 Jahre.

Wien. Die Balkankrise sieht sich wieder einmal erneuert an. Die türkischen Kriegsvorbereitungen sollen besonders im Bereich des 3. Armeekorps ihren Fortgang nehmen. Von Serbien und Montenegro heißt es, daß sie Truppen an der Grenze zusammenziehen. Dorthin gehen angeblich auch zehn weitere türkische Bataillone ab. Wie seinerzeit von einem (nicht zustandekommenen) Bündnis zwischen der Türkei und Bulgarien, so wird jetzt von einem Defensivbündnis zwischen der Türkei und Serbien berichtet. Die Bestätigung bleibt sehr abzuwarten, wenn sie auch namentlich den Serben sehr in den Kram passen würde, während Oesterreich sie als gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung bezeichnen würde, wie Londoner Meldungen wissen wollen, die allerdings nicht immer zuverlässig sind. Der österreichische Botschafter in Konstantinopel Markgraf Pallavicini ist nach Wien berufen worden, wie die einen sagen, weil er nicht besonders tüchtig ist, wie die anderen behaupten, weil eine Art Kundgebung gegen die anhaltende türkische Boykottbewegung gegen Oesterreich veranstaltet werden soll. Der Meldungen in der Balkankrise sind viele, aber die meisten sind „danach“.

Paris. Der Proklamation Mulay Hafids haben die Franzosen auch in Tanger keinen Widerstand entgegengesetzt. Damit ist die Marokkofrage vorläufig erledigt, zumal auch der Casablanca-Zwischenfall keine Verwickelungen mehr ausrichten kann.

London. Lord Roberts soll sich mit seinem vom englischen Oberhause mit großer Majorität gebilligten Vorschlage, ein stehendes Heer von einer Million Mann, dessen Unterhaltung einen jährlichen Mehraufwand von 400 Millionen Mark verursachen würde, zu halten, der Zustimmung des Königs Eduard erfreuen. Auch der König, der ein entschiedener Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht ist, wünscht ein starkes Landheer für England. Auch ein Teil der englischen Presse begrüßt den Robertischen Vorschlag, dessen Verwirklichung der deutschen Flottenrüstung Einhalt gebieten würde, da Deutschland dann die Hoffnung auf einen erfolgreichen Angriffskrieg gegen England aufgeben müßte. Der vernünftigerer Teil der Blätter und die Regierung lehnen im Vertrauen auf Englands unüberwindliche Flotte den 400 Mill.-Vorschlag Lord Roberts ab. Von den deutschen Blättern haben nur wenige den Antrag des edlen Lord tragisch genommen. Will England sein Landheer vermehren, so sagt man dagegen an den amtlichen Berliner Stellen, und so denkt man auch in größten Teile des deutschen Volkes, so ist das seine eigene, innere Angelegenheit, in die sich kein Dritter einzumischen hat. Gefährlich wird England dem deutschen Reiche auch durch die Verwirklichung der Pläne Lord Roberts noch nicht. Es liegt daher für das Reich kein Anlaß zu irgendwelcher Beunruhigung vor. Deutschland denkt nicht an einen Angriffskrieg gegen England, das ist bekannt. Zur Abwehr ist

auch Englands Flotte stark genug. Will das Inselreich zu seiner Sicherheit aber jährlich noch eine weitere Prämie von nahezu einer halben Milliarde jährlich ausgeben, so ist das seine Sache.

Petersburg. Das Befinden der Kaiserin Alexandra von Rußland hat sich infolge der seelischen Aufregungen bei der Bestattung des Großfürsten Alexeis, der das Zarenpaar persönlich beimohnte, dermaßen verschlechtert, daß die Zarin im Schlosse Sarskoje Selo ihre Gemächer jetzt nicht mehr verlassen kann. Der Nervenschüttelungen waren in den letzten Jahren eben zu viele und offenbar weit mehr, als in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. — Pariser Blätter wollen heute schon wissen, der Zar werde im kommenden Sommer dem verbündeten Frankreich einen Besuch abstatten und im Anschluß daran den Revolver Besuch des Königs Eduard erwidern und auch mit dem deutschen Kaiser eine Begegnung haben.

Petersburg. Auf der russischen Station Pondersy wurde kurz vor dem Eintreffen eines besonders wichtigen Eisenbahnzuges ein verdächtiger, mit einem Revolver bewaffneter Mann festgenommen, der sich der Verhaftung energisch widersetzte und dabei einen Polizeibeamten durch einen Revolvererschuß tödlich verwundete. Der Verhaftete nennt sich Awotin und ist lettischer Herkunft. Ein Petersburger Blatt vermutet, daß es sich offenbar um den mißlungenen Versuch eines Attentats auf die Kaiserin-Witwe handelte, die zu dieser Zeit aus Kopenhagen zur Beerdigung des Großfürsten Alexeis eintraf.

Deutscher Reichstag.

Auch am Mittwoch beherrschte das Rabboder Grubenunglück die Tagesordnung. Abg. Graf Kanitz (kons.) vertrat den Standpunkt, daß die Landesgesetze ebenso gut sind, wie die Reichsgesetze sein könnten. Die bergpolizeilichen Vorschriften könnten ja besser sein, ebenso wie die Voricht der Arbeiter größer. Die Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle empfahl der Redner; sie müßten aber nicht von der ganzen Belegschaft, sondern von den einzelnen Abteilungen gewählt werden, damit nicht nur Mundhelden Kontrolleure würden. Der Redner bedauerte die Angriffe gegen die Bergbehörden und Grubenbesitzer und meinte, nur die Opferfreudigkeit aller Beteiligten könne solche Katastrophen verhindern. Abg. Gothein (fr. Berg.) redete der ruhigen Ueberlegenheit das Wort, sei doch noch nichts bewiesen. Das Fördergebot und Prämiensystem verurteilte er. Notwendig seien wirkliche Arbeiterkontrolleure und starke Organisationen für Arbeiter und Steiger. Abg. Schiffer (Str.) wandte sich gegen die Nationalliberalen und vermutete schwere Mißstände. Hierauf kam es zu einem Zwischenfall. Staatssekretär v. Bethmann äußerte sich zu einem ihm vorgeworfenen angeblichen Widerspruch in seinen Äußerungen über den § 7 des Vereinsgesetzes. Tatsächlich fielen Gewerkschafts-Versammlungen nicht unter § 7, die politischen Versammlungen seien aber als nationalpolitisch ausgenommen. Abg. Ledebour (Soz.) rief: „Freiführung des Reichstags“ und erhielt einen Ordnungsruf, ebenso Abg. Huö (Soz.), der meinte, sein Kollege habe recht. Vor der Vertagung stießen noch Minister Delbrück und Abg. Huö zusammen.

Am Donnerstag wieder Steuervorlagen, deren Aufnahme mit jedem Tage ungünstiger zu werden scheint. Abg. Speck (Str.) brachte die in Bayern herrschende Entrüstung zum Ausdruck und verurteilte die neue Belastung gerade der breiten Massen.